

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16
Wusterhausener Str. 15 (Redakteur E. Dittmer)
Sprengelbrücke: Rint Moritzplatz 3105 06

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Käuferbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 4 Mk.
mit wöchentlich. Beilage, Die Sanitätsfrage 6 Mk.

Der erste gewerkschaftliche Betriebsrätekongreß.



Wir leben in einer Zeit des Uebergangs von der niemand sagen kann, ob ihr eine stete Entwicklung mit aufsteigenden wirtschaftlichen Verhältnissen für die Arbeiterklasse folgt oder ob die Not so groß wird, daß eine neue revolutionäre Umgestaltung alsbald vor sich gehen muß. Je nach dem man zu dieser Frage steht, wird man zu den einzelnen Tagesproblemen Stellung nehmen. Es ist also innerlich der Arbeiterklasse sozusagen um den rechten Glauben geritten! Aus diesem Grunde ist es keineswegs verurteilbar, wenn die Geister scharf aufeinanderkollerten. So geschah es denn auch auf dem ersten gewerkschaftlichen Betriebsrätekongreß in Berlin. Gewiß, es hätte manchmal etwas friedfertiger und brüderlicher zugehen können. Die Opposition setzte mit so ansiebigem Geschäftsordnungsdebatten an, daß sie ihrer Sache damit eher geschadet, denn genützt hat. Indessen das sind Einbrüche, die nicht über den Stern der Differenzen hinwegtäuschen sollen. Worauf es ankommt, ist: können wir schon heute den Weltkapitalismus durch unseren Willen zur Macht zwingen, oder bedarf dazu einer viel größeren Planmäßigkeit und Einheitlichkeit im Wollen und Handeln innerhalb der Arbeiterklasse?

Der Betriebsrätekongreß hat mit überwiegender Mehrheit im letzteren Standpunkt eingenommen und bei gründlicher Betrachtung aller Faktoren wird man nicht anders können, als den Beschlüssen des Kongresses keine Zustimmung zu geben und absehbare Einzelne Vorbehalte.

Die leidige Nummer zwei von einer so ausführlichen Berichterstattung abzuweichen, wie das bei der Bedeutung des Kongresses notwendig wäre. Die politische Tagespresse hat sich auch bereits in ausführlicher Weise den Gang der Verhandlungen sowie die Resolutionen wiedergegeben. Wir können allen diesen Stellen und Stellen — insonderheit aber sämtlichen Betriebsräten! — nur dringend raten, den Kongressbeschlüssen und ihren Auswirkungen die größte Beachtung zu schenken. Es wird ja ohnehin an den größeren Orten durch diese Delegierten eine weitere mündliche Berichterstattung vor sich gehen und es ist wünschenswert, wenn die aufgestellten Fragen erneut gründlich diskutiert werden.

Die Tagesordnung des Kongresses hat in ihrem ersten vorwiegenden Teil durch die Redakteure Wiffell und Dittmer eine Grundlage, auf der sich dann die praktische Anwendung für die Betriebsräte und deren organisatorische Zusammenfassung ergab.

Wieder muß noch etwas gesagt werden über die Zusammenfassung des Kongresses. Vorher waren etwa 1100 Delegierte erschienen etwa 900. Davon standen den Organisations- und Vertreter des Verbandes vorstehend zu, die indessen die beratende Stimme hatten und auch diese nicht einmal zur Anwendung brachten, infolge der überaus knappen Beratungs-

zeit, die zum Teil durch die allzulangen Geschäftsordnungsdebatten entstanden war. Entgegen den irreführenden Darstellungen der Tagespresse muß also ausdrücklich betont werden, daß die Betriebsräte durchaus unbeeinflusst ihre Entschlüsse faßten und die offizielle Vertretung der Verbandsvorstände ganz unerheblich war. Im übrigen berührte die bange Sorge mancher Delegierten um das Schicksal des Betriebsrätekongresses ein wenig merkwürdig. Doch über diese sowie sonstige äußeren Vorgänge können wir uns später einmal in besonderem Zusammenhange auseinandersetzen. Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, ausländische Regierungen wie Gewerkschaften hatten Vertretung zum Kongreß entsandt. Auch die russische Delegation wurde durch besonderen Beschluß geladen. Sie erschien alsbald unter Führung des bekannten Genossen Losowski, der in einer längeren Begrüßungsansprache sowie in besonderer Erklärung zur Betriebsratsfrage Stellung nahm. Daß dabei die Reminiscenzen aus der strictparagangzeit von ihm herangezogen wurden, führte zu wiederholten Auseinandersetzungen mit der Leitung des Kongresses, die hauptsächlich in den Händen Peter Grahmans sowie Aufhäuser lag.

Ueber die wirtschaftliche Lage Deutschlands sprach Wiffell in knapper und vortrefflicher Darstellung. Aufmerksamkeit lauschte der Kongreß den Schilderungen über unsere trostlose vorkriegswirtschaftliche Situation. Auch hier können wir leider nur einige Grundgedanken wiedergeben:

Die wirtschaftliche Lage Deutschlands hat einen Tiefstand erreicht wie nur in unseren trübsten Erwartungen es niemals vorausgesehen haben. Die augenblickliche Lage unserer Volkswirtschaft befindet sich in einem bedauerlichen Zustande. Die Ursachen dazu sind mannigfaltiger Natur. Die landwirtschaftlichen Ertragsgebiete des Ostens sind durch den Friedensvertrag verlorengegangen. Die uns verbleibenden Anbauflächen haben einen großen Prozentsatz ihrer Ertragsfähigkeit durch schlechte Verwendung ganz besonders auch durch Mangel an den notwendigen Düngemitteln eingebüßt. Aber nicht nur auf dem Gebiete der Ernährung drückt sich unsere Not aus, sondern auch die Beschaffung von Rohstoffen und die Verablung derselben bringen uns in große Sorge.

Wiffell schildert dann die Finanzverhältnisse und kommt zu folgendem Ergebnis:

Es geht nicht an, daß in diesem zerrütteten Wirtschaftszustand noch wie vor unedle Waren aus dem Auslande eingeführt werden, nur um die Taschen der Kapitalisten, die Taschen der Schwelger zu füllen. Es sind die Folgen dieses kapitalistischen Prinzips, daß wir im Auslande für eine Tonne Weizen, die im Inlande 700 Mk. kostet, 9000 Mk. zahlen müssen. Und doch sind es die Träger dieses Systems, die den Arbeitern die hohen Löhne vorwerfen. Je höher die Exportzölle steigen, um so mehr sinkt die Kaufkraft unseres Geldes, um so weniger ist es den Arbeitern möglich, auch nur ihren notwendigen Bedarf zu decken. Leider hat die Arbeiterklasse allgemein sehr wenig Verständnis für die wirtschaftlichen Verhältnisse. Das zeigt sich besonders in den von den Unternehmern eingereichten Petitionen auf Abschaffung der Ausfuhrzölle, die sehr häufig von

Betriebsräten vermittelt werden. . . Wenn den Arbeitern immer gesagt wurde, daß uns nur Arbeit retten kann, so müssen wir jetzt erleben, daß Betriebe über Betriebe geschlossen werden, trotzdem Maschinen und Produkt erdwegschleppen vorhanden sind. Unsere Forderung auf Kontrolle der Betriebe, auf Kontrolle der Beschäftigung und besonders der Unternehmergewinne sind nur allzu sehr berechtigt. Hier muß der Parteiberat einwirken, hier liegt das Arbeitsgebiet der Betriebsräte. Um diese Forderungen wirksam auszuführen, ist eine Steigerung in durchgreifender Form für alle Betriebsräte erforderlich."

Der ganze Kongreß stand unter dem Eindruck dieses befräbenden Bildes, wie sich auch bei der später einfindenden Diskussion zeigte. Inwieweit sprach jedoch Hifferding über "Die politischen und ökonomischen Nachteile der Verbände und die Sozialisierung".

Aus seinen interessanten Darlegungen möge hier gleichfalls einiges wiedergegeben werden:

Nach den amtlich herausgegebenen statistischen Zahlen stellt sich der durchschnittliche Einkommensgrad von etwa auf 900 Mk. pro Monat, dem ein Durchschnittseinkommen von etwa 570 Mk. gegenübersteht. Das bedeutet eine absolute Verelendung der Lebenshaltung der deutschen Arbeiterklasse. So ist es möglich, daß zur Zeit des stärksten Warenbedarfes ein Konsumrückgang zu verzeichnen ist; die werktätige Bevölkerung ist mit den fälschlichen Lehren nicht in der Lage, die allernötigsten Lebensmittel einzulassen. . . Bei uns liegen die Verhältnisse eben wesentlich anders als es in England der Fall war. Es wird häufig gesagt, die Sozialisierung sei gleichbedeutend mit einem Rückgang der Produktion. Weiter wird aufgedeutet, das Proletariat müsse erst einen schweren Lebenskampf bestehen. Gesehen! Wer Gelegenheit gehabt hat, die Arbeiter auf Produktion oder sonst in der Schwerkraftindustrie bei ihren Arbeiten zu beobachten, der wird es wissen, welche Vorteile diese Arbeiter haben müssen, wenn man ihnen sagt, daß sich diese Sozialisten, die sie im kapitalistischen Produktionsverhältnis durchsetzen, in der sozialistischen Wirtschaft noch verhalten sollen. Es ist falsch, solche Wege zu gehen, und darum ist es bedauerlich, daß wir die Sozialisierung mit Hilfe der kapitalistischen Arbeiter, wie Ingenieur und Techniker, mit allen Hand- und Knechtarbeiten planmäßig durchzuführen. Darum ist es eine Lebensfrage der Sozialisierung, daß wir immer mehr die Angehörigenbewegung mit den Arbeitergewerkschaften zusammenbringen. Wir wollen die Sozialisierung auf keinen Fall in die Form der Reformbewegung oder Parteipolitik der Gewerkschaften bringen. Wir erreichen deshalb Selbstverwirklichung der Hand- und Knechtarbeiten. Wir erreichen dadurch die Fortschritte, in denen nur Produzenten und Konsumenten vorwärts sind."

Infolge der langen Auseinandersetzungen wurde der 1. Tag völlig mit diesen Reden ausgefüllt. Vielleicht wäre der Kongreß in seiner Arbeit weiter gekommen, wenn den Forderungen der Delegation (H. R. D.) auf Zustimmung der Korrespondenten nachgegangen wäre. In dem Verhältnis jedoch wüßte viele eigentliche Betriebsräte zu Wort kommen zu lassen, wurde dieser Ansatz zunächst abgelehnt.

So legte am 2. Tag erneut eine längere Geschäftsordnungsdebatte ein, wiewohl bereits klar ist, daß der Kongreß eine arbeitsfähige starke Mehrheit besitzt, die sich auf einheitlicher Basis bewegt.

In der Debatte, die überaus lebhaft und mit ergreifendem Material geführt wurde, waren es besonders die Eisenbahner, Bergarbeiter und Landarbeiter, die sich beteiligen konnten. Eine Koordination des Reichsarbeiterrats vorab durch eine Demonstration vor der Tür des Reichstages forderte Zeh und Zimmermann im Kongreß, was auch bewirkt wurde. Namens der Arbeitlosen gab Schmidt einwählende Erklärungen ab, die in bestimmten Formulierungen ausgearbeitet, die dem Kongreß unterbreitet wurden.

Nach den Schlussworten der Rednerinnen wurden die nachfolgenden Resolutionen gegen wörtliche Zustimmung angenommen: Resolution Hifferding. Die wirtschaftlichen Vorteile, die Wirtschaft wieder aufzubauen, hat gescheitert.

Die kapitalistische Wirtschaft in Deutschland erlebte einen tiefen Scheitern. Die Produktion nach Aufhebung der Verbände. Sie ist heute in unheimlichem Zerfall. Die Produktion soll, welche werden können, unbeschadet, Maschinen, Werkzeuge, oder in Teilen in kapitalistische Anstalten verpacken. Die wachsende Geldentwertung und Wertminderung durch den Anstieg der Inflationsrate und Lebensmittelpreise in steigendem Maße. Beides zusammen mit dem steigenden Bankrott der Staatseinnahmen sperrt Deutschland internationale Exporte. Die rasche

Geldentwertung läßt die Kaufkraft der breiten Massen immer weiter hinter den steigenden Lebenspreisen zurückbleiben. Bei dem Missverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage nehmen die Preise den Charakter von Monopolpreisen an.

Das Kapital ruft die Situation und macht in manchen Wirtschaftszweigen glänzende Gewinne, die aus den Taschen des Volkes fließen, das immer mehr verarmt. Das Kapital sucht sich durch laufende Zinsen und Zinsen der Beherrschung zu erziehen und die Steuern auf Arbeiter, Kleinbauern und Kleinbürger abzuwälzen.

Auf den bisherigen Wegen unserer Wirtschaft kommen wir aus dem Sumpf unserer Lage nicht heraus. Die kapitalistische Wirtschaftslehre, nach der Förderung des eigenen Interesses der Allgemeinheit am besten dient, hat ihre höhere Unmöglichkeit schon klar offenbart. Sie darf kein Ziel mehr haben, soll nicht den Willkür der werktätigen Bevölkerung absolute Beherrschung und gänzlicher Unterwerfung drohen.

Die weitere der Zerfall der Grundlagen der Produktion und die Förderung und geistige Ermüdung und Verflämung aller Arbeitstätigkeit vom Handwerker bis zum Techniker und Gläubiger fortschreitet, um so schneller und der Wirtschaft. Die individuelle Initiative des Unternehmers, die Technik und Produktionsumgebung fördert, genügt nicht, um den Lebensaufbau unserer Wirtschaft zu ermöglichen. Es bedarf dem die Sozialisierung der dazu liegenden Wirtschaftszweige und der Bekämpfung des Gläubigers der Hand- und Knechtarbeiten auf die soziale Wirtschaft. Aus Objekten der Wirtschaft sollen sie zu ihren Subjekten werden.

Das Ziel der sozialistischen Wirtschaftspolitik kann nur dahin gehen, die Verhältnisse über die Produktionsmittel zu erringen und die Wirtschaft auf der Grundlage des gesellschaftlichen Gemeineigentums unter Planmäßigkeit einer ihrer Leitung als unmittelbare vergesellschaftete Produktion weiterzuführen.

Resolution Hifferding. Der Kongreß konstatiert, daß die Fortdauer des kapitalistischen Wirtschaftssystems nach dem Zerfall zu einer ständigen Verelendung und absoluten Verelendung der Lage der arbeitenden Massen geführt hat.

Nur die Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise durch die sozialistische Produktionsweise sichert den materiellen und kulturellen Aufstieg der Hand- und Knechtarbeiten. Der Kongreß erwidert in den Beschlüssen, die Wirtschaft auf kapitalistischer Grundlage unter Aufrechterhaltung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse zu reformieren, eine für den Kampf der Arbeiterklasse verwerfliche Illusion. Der Kongreß fordert daher die Parteikomitees und die Gewerkschaften auf, im Verein mit den Parteimitgliedern alle ökonomische und politische Macht der Arbeiterklasse auf die Verwirklichung des Sozialismus zu konzentrieren. Insbesondere hat der Kongreß es für notwendig, alle Vorbereitungen zu treffen, um in dem bevorstehenden Kampf um die Sozialisierung des Bergbaus diese Ziele durchzusetzen.

Nachdem noch eine Zehnminütensitzung für das russische Proletariat vorgenommen werden die zahlreichen übrigen Anträge sowie die Beschlüsse des Arbeitsrats dem neu zu wählenden Sekretariat übergeben.

Der 2. Tag endete wiederum mit ausgedehnter Geschäftsordnungsdebatte, in welcher der Opposition (mit 48 gegen 37 Stimmen) zu den weiteren Tagesordnungspunkten Korrespondenten zuzustimmen werden.

Es darf für diese beiden ersten Tage festgestellt werden, daß alles in allem rege Aufmerksamkeit und allgemeine Teilnahme des gesamten Kongresses festzustellen war. Die Diskussionen hatte wiederholt die Erklärung abgegeben, daß sie gar nicht daran denke, die Gewerkschaften zu zerstören. Es handelte sich immer nur um den Gegensatz zwischen der alten Gewerkschaftspolitik mit langsamem Entwicklungstempo und dem revolutionären Willen, schon heute und morgen die wirtschaftliche und politische Umgestaltung durch Revolutionen zu erzwingen.

Am nächsten und letzten Abend der 1. Korrespondent der folgenden Tages, der kommunistischer Proletarier, in mächtiger eindringlicher Rede diese Gegenstände zum Ausdruck. In demselben Sinne kam auch heute dies als den Höhepunkt des Kongresses zu stehen. Wir werden darüber in einem weiteren Artikel berichten. Jedenfalls hat sich gezeigt, daß die Gegenüberstellung der Arbeiterklasse jetzt wieder geistig ausgearbeitet werden können, etwas, was zur Zeit in der politischen Arbeit der Arbeiter nicht möglich erscheint.

Wenn der gute Wille auf allen Seiten bestehen bleibt, wird ein Zusammenarbeiten in großer Arbeitsgemeinschaft auf der wirtschaftlichen Seite in der Welt eintreten können, wobei die der verschiedenen Verfassungen über die besondere Form und über das Tempo der Durchführung des Sozialismus, Ansahe aller Betriebsräte über bleibt es Erzählung der Arbeit in seinen und wie an der gesamten Arbeiterklasse nach beiden Seiten und auf den verschiedenen Gebieten.

Die Ortsausschüsse des A. D. G. B. im Jahre 1919.

Die Umwandlung der Gewerkschaftskartelle in Ortsausschüsse bringt zum Ausdruck, daß die örtlichen Zusammenschlüsse der Arbeitervereine der freien Gewerkschaften als feste organisatorische Stützpunkte der im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund vereinigten Gewerkschaftsorganisationen anzusehen sind. Die vom Kongress zur Ortsausschüsse gefassten Satzungen geben den lokalen Vereinigungen eine feste Grundlage zur Erfüllung ihrer Aufgaben und knüpfen enge Beziehungen zwischen ihnen und der Spitze des Gewerkschaftsbundes. Neben die früheren Kartelle im allgemeinen als Einrichtungen der freien Gewerkschaften galten, so entstanden sie doch außer den Zweigvereinen der Zentralverbände noch andere Organisationsgruppen. Das trifft besonders zu für die erste Zeit ihrer Entstehung. In den neunziger Jahren waren in den Kartellen die durch ein Vertrauensmännersystem zusammengefaßten lokalen Gewerkschaften stark vertreten. In dem gleichen Maße wie die gewerkschaftliche Gewerkschaftsbewegung zirkelte, verloren jedoch die lokalen Verbände an Bedeutung, bis schließlich die Zentralverbände allein maßgebend für die Zusammenfassung und Tätigkeit der Kartelle wurden. Die Kartellstatuten für 1907 ist die letzte, die geschlossene Verbände, und war 12 mit 137 Mitglieder verzeichnet. Bis in die neueste Zeit hinein waren den Kartellen dann noch festge auf zentraler Grundlage bestehende Gewerkschaften angeschlossen, die der durch die Generalkommission vertretenen Organisationsleitung nachstehen und später zum Teil auch darin aufgingen. Die neu geschaffenen Satzungen schließen nunmehr die Zugehörigkeit von Gewerkschaften, die sich dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossen sind, zu diesen Ortsausschüssen aus. Ganz richtig ist diese Bestimmung jedoch, wie die vorliegende Statistik ausweist, noch nicht durchgeführt. Alle Verbindungen und verwandtes Streben werden noch zu kräftig mit um die Abwendung so plötzlich vollzogen zu können. Doch handelt es sich dabei nur noch um Übergangszustände; denn diese, jetzt noch fremden Glieder, werden in Folge dem großen allgemeinen Gewerkschaftsbund rasches einverleibt sein.

Unter dem Einfluß des ungeheuren Zustroms zu den Gewerkschaften im Jahre 1919 sehen auf den örtlichen Organisationsstellen ein kümmerlicher Restek der Feuer- und Umwälzungen ein, der eine neue Periode der Entwicklung der Gewerkschaften einleitet, die erst in den weiteren Jahren zu Vergleichbaren Ergebnissen führen wird.

Am Schlusse des Jahres 1919 betrug die Zahl der beim Vorstand des Gewerkschaftsbundes angemeldeten Ortsausschüsse 920. Von diesen sind 727 an der Statistik beteiligt, denen insgesamt 10.482 Gewerkschaften angeschlossen waren, mit 5.476.027 Mitgliedern. Unter den angeschlossenen Gewerkschaften sind 23 Kartellen befinden sich 23 Gewerkschaften mit zusammen 15.794 Mitgliedern, die nicht zu den im Gewerkschaftsbund vereinigten Organisationsstellen gehören. Es sind das die folgenden:

Arbeiter	angeschlossen in 2 Fällen mit 2167 Mitgliedern	
Bauunterberechnung	2	1324
Bühnenangehörige	3	153
Facharbeiter	5	387
Telegraphenarbeiter	2	61
Verkehrspersonal	3	10270
Werkmeister	10	1128

Die Arbeiter sind seit 1920 dem Gewerkschaftsbund angeschlossen, die Vereinigungen der Facharbeiter und Werkmeister gehören der A. D. G. B.

Die von den Ortsausschüssen registrierte Zahl der örtlichen Gewerkschaften der einzelnen Berufsverbände deckt sich häufig nicht mit der Zahl der Zweigvereine, die die Zentralverbände haben. Der Begriff „Gewerkschaft“ ist nicht immer gleichbedeutend mit „Zweigverein“. Sofern der Bereich eines Ortsausschusses sich über mehr als einen Ort erstreckt, können ihnen auch mehr als ein Zweigverein des gleichen Verbandes angeschlossen sein. Diese zählen jedoch im Sinne der Statistik der Ortsausschüsse zusammen als eine angeschlossene Gewerkschaft. Andererseits können auch Zweigvereine, die über den Bezirk eines Ortsausschusses hinausgehen, mit einzelnen Orten mehr als einem Ortsausschuss angeschlossen sein.

Eine fast ungläublich erscheinende Mitgliederzunahme weist Saarbrücken auf. Es hatte 1913: 278, 1919 dagegen 89.151 Mitglieder. 1913 waren 27 Ortsausschüsse als angeschlossene angegeben, 1919: 25.000. Die Mitgliederzahl im Jahre 1913 bezogen auf nicht auf 1.000.000 verrechnet, ist werden sie mit 31.091 Mitgliedern aufgeführt. Die Eisenarbeiter sind in

dem Vergleich mit 1913 Mitglieedern vertreten. Schon die Zahlen dieser drei Gewerkschaften zeigen, aus welchen Massen der ungeheuerliche Zustrom an Gewerkschaftsmitgliedern in Saarbrücken hervorgegangen ist.

Außer Saarbrücken, dessen gewaltige Mitgliedervermehrung eine ausnahmsweise Größe nur darstellt, bewegen sich die prozentualen Zunahmen zwischen 11,9 und 566,8. Die geringste Steigerung kommt auf Bremen. Dieser Ort zählte 1913: 37.971 und 1919: 12.183 Mitglieder. Bei dem Höchstmaß kommt Darmstadt in Betracht, das 1913: 3714 und 1919: 25.880 Mitglieder hatte. Berlin besitzt die größte örtliche Mitgliederzahl. Sein Bestand betrug am Schlusse der Jahre 1919: 670.819, 1918: 372.817 und 1913: 302.052 Mitglieder. Es folgt dann Hamburg mit 206.670 (1913: 143.380) Mitgliedern. Über 100.000 Mitglieder haben dann noch die Orte: Leipzig 158.632 (1913: 76.186), Dresden 151.181 (95.620), München 131.518 (83.594), Köln a. Rh. 127.359 (81.176), Frankfurt a. M. 127.339 (83.597), Chemnitz 106.531 (62.103) und Breslau 103.700 (61.782). Es konnte nicht nachgeprüft werden, worauf die erheblichen prozentualen Unterschiede in der Mitgliederzunahme bei den einzelnen Orten zurückzuführen sind. Auf einen Umstand kann jedoch hingewiesen werden. Es ist wohl die Annahme zulässig, daß Orte, mit einer besonders starken Zunahme aus einem größeren Arbeitsvorkommen von unorganisierten Massen zu schöpfen vermochten, als die Orte mit einer geringeren Vermehrung, deren Organisationsverhältnisse schon 1913 günstiger waren. Saarbrücken liefert für diese Annahme ein deutliches Beispiel.

Den Ortsausschüssen haften neue große Aufgaben, die gegenwärtig in ihrer vollen Ausdehnung kaum zu überbilden sind. Es sei nur auf die Durchführung des Betriebsrätegesetzes hingewiesen. Auch die Erwerbslosenfürsorge, im weitesten Sinne aufgefaßt; die Bekämpfung der Ursachen der Arbeitslosigkeit, die Mitwirkung bei der öffentlichen Arbeitsvermittlung; die Wohnungsfürsorge und die angelegte Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben, werden die Kräfte der Ortsausschüsse hervorragend in Anspruch nehmen.

Die von den Ortsausschüssen unterhaltenen Arbeitersekretariate werden wohl auf lange Zeit ihren alten Platz behaupten und als Arbeitsstützstellen der weiterentwickelten Bevölkerung noch an Bedeutung gewinnen. Ihre Aufrechterhaltung hat während der Kriegszeit bei dem geschwächten Mitgliederbestand erhebliche Opfer erfordert und nur durch bedeutende Zuschüsseleistungen aus allgemeinen Gewerkschaftsmitteln vor es möglich, eine ganze Anzahl von ihnen über Wasser zu halten.

Gewerkschaftsbüros aus mit angestellten Beamten besetzten Ortsausschüsse im Jahre 1919: 36. Als Angestellte in den Büros und den Sekretariaten waren insgesamt 22 Personen tätig.

Nächst den Arbeitersekretariaten gelten dann die Gewerkschaftsbüros als wichtigste Einrichtungen der Ortsausschüsse. Die Statistik für 1919 verzeichnet 71. Von diesen sind aber nur 40 als im Besitz der örtlichen Gewerkschaften bekannt anzusehen. In 31 Fällen handelt es sich bei dieser Bezeichnung um Räume oder Mieträume die als Heim der Gewerkschaften dienen und es ist manchmal recht zweifelhaft, ob im strengen Sinne des Wortes solche Räume als Einrichtungen der örtlichen Gewerkschaften bezeichnet werden können. Die Gewerkschaftsbüros haben den Gewerkschaftsmitgliedern nicht unerhebliche Kosten entrichtet und gegenwärtig ist es darin noch nicht besser geworden. Bei der gegenwärtigen Baustoffknappheit und den ungeheuren steigenden Preisen wird zunächst die weitere Erhaltung von Gewerkschaftsbüros kaum in Frage kommen, ebensowenig neue Einrichtungen für die Notwendigkeit der Schaffung von Unterkunftsstellen für die Gewerkschaften sprechen. Versammlungssäle wurden von den Gewerkschaften an 15 Orten unterhalten. 22 Ortsausschüsse haben darüberhinaus in eigener Regie, die zum Teil den Gewerkschaftsbüros angeschlossen sind, und in 159 Orten dienen mit einer Ausnahme der Ortsausschüsse stehende Herbergen bei Gastwirtschaften zur Unterbringung reisender Gewerkschaftsmitglieder. Gemeinsamere Bibliotheken waren an 26 Orten eingerichtet, die in 88 Fällen mit Lesezimmern verbunden waren. Bildungsausschüsse bestanden sich an 45 und Jugendvereine an 39 Orten. Bildungskommissionen für Gewerkschaftsangehörige hatten 111 und Jugendbildungsvereine 191 Ortsausschüsse eingerichtet. Lokale Arbeitslosenvereine bestanden an 192 Orten und in 350 Fällen war die Rettung des Lebens praktisch gesichert.

Von den 727 Ortsausschüssen, die 1919 von der Statistik erfasst wurden, haben nur 672 Angaben über die Klassenverhältnisse gemacht. Diese 672 Orte verzeichnet eine Gesamtbevölkerung

immer weiter
in Wirtschaften
Charakter von
den Wirtschaften
sich liehen, dass
ende können und
Arbeiter, Klein
wir aus dem
schaitsteher, na
inheit am besten
Sie darf keine
igen Bevölkerung
ktion und die
s aller Arbeit
fortschritt, um
Qualitative des
rie, genügt nicht.
Es bedarf dann
der Stärkung
orige Wirtschaft
werden.
ur dahin gehen,
id die Wirtschaft
n unter planm
schaltete Produkt
tiert, daß die
Kriege zu einer
ige der arbeitend
schaft durch die
und kulturellen
h erwidert in den
unser Ansehen
en, eine für den
nach fordert den
ein mit den An
Arbeiterklasse auf
absondere hat
stellen, um in
Bergbaues die
das müßte
übigen An
dem neu zu
ter Gewerkschafts
18 gegen 37
unkten Kör
stellt merder
gemeine Zeit
Die Typen
daß sie ge
Es handelt
ein Gewerks
und dem revolution
wirtschaftlich
in ergründeter
referent de
in mächtiger
 Ausdruck. Z
übernimmt de
um weitere
Die Gener
ständig ange
er politische
blät, mit
haft auf ge
sien können
Die besonde
Zentralverme
in einem 8
Arbeiteridat
n Gebieten

ten 4682317 Mk., der eine Gesamtausgabe von 3629627 Mk. gegenübersteht. Die erhöhten Einnahmen sind nicht allein auf die vermehrte Zahl der beitragszahlenden Mitglieder, sondern auch auf gesteigerte Beitragsleistung zurückzuführen.

Die Beitragsleistung der Gewerkschaften zu den Ortsausstellungen wird in der Regel pro Mitglied und Jahr berechnet. Vielfach sind die Beiträge für weibliche und auch jugendliche Mitglieder niedriger angesetzt als für die männlichen. Die Beitragshöhe schwankt zwischen 15 Mk. und 6 Mk. pro Jahr und Mitglied. Eine Beitragsleistung von über 4 Mk. haben die Orte: Greifeld 4,08 Mk., Köslin 5 Mk., Neuburg i. Schl. 5,20 Mk., Sonderburg 5,81 Mk. und Helzen 6 Mk.

Wahrlich erfreulich ist, daß die Statistik für 1919 eine weitere Steigerung der Finanzverhältnisse der örtlichen Vereinigungen, die schon im Vorjahre zu beobachten war, anzeigt. Der lange Krieg hatte einen augencheinlichen Niedergang der Kartelle herbeigeführt. Von 1913, das ein Jahr wirtschaftlicher Depression und Stillstand der Gewerkschaftsbewegung war, bis 1917 überließen bei den Kartellen die Ausgaben ständig die Einnahmen, 1919 übertrug die Einnahme die Ausgabe so beträchtlich, daß bei den berichtenden Ortsausstellungen eine Vermögenszunahme von über eine Million Mark festzustellen ist. Diese Tatsache kommt zwar anzudeuten, daß 1919 den gestiegenen Einnahmen gegenüber die vermehrten Anforderungen noch nicht völlig zur Geltung kamen, doch ist unverkennbar eine Leistungsfähigkeit geschaffen, die den Ortsausstellungen zur Erhaltung ihrer Aufgaben eine gesicherte finanzielle Grundlage gibt. Die im Jahre 1919 eingetragene Verneuerung der Kartellen verteilt sich auf alle Posten. Es wurde im einzelnen veranschlagt: für Sekretariate und Nebenstellenstellen 1.204.762 Mk., für Jugendleitung 71.192 Mk., für Ortsbezirke und Nachwuchs 131.139 Mk., für Arbeitervertreter 22.791 Mk. und für statistische Erhebungen 11.197 Mk. Für Verwaltungsposten wurden 1918 von 396 Orten 191.231 Mk., 1919 dagegen von 508 Orten 166.628 Mk. veranschlagt.

Von den örtlichen Dunderischen Gewerkschaften und Schriftlichen Gewerkschaften liegen glücklicherweise Angaben über die Zahl und den Umfang ihrer Ortsverbände nicht vor. Es kann deshalb eine Gesamtübersicht über alle im Deutschen Reich vorhandenen örtlichen gewerkschaftlichen Vereinigungen nicht gegeben werden. Wenn auch diese beiden Voraussetzungen von dem Fortschritt zu den Gewerkschaften nicht unberücksichtigt bleiben, so ist doch ihre Bedeutung gegenüber der gewaltigen Ausdehnung der örtlichen Gewerkschaften nach geringer als früher geworden. Der überwiegende Einfluß der im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund vereinigten Ortsorganisationen auf die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterklasse ist seine Wirkung auch auf die örtlichen Gebiete aus. Wie in der neueren Zeit immer die Zahl der Ortsvereine im Wachstum begriffen, sie sehr gesammelt schon weit über Tausend hinaus. Diesen Wachstumsgang wird nun die Arbeit der organisatorischen Gliederung und Aufbau folgen. Eine der wichtigsten Aufgaben wäre zunächst die bestmögliche Zusammenfassung der Ortsvereine. In solchen Zusammenfassungen gewinnen die kleineren örtlichen Gebiete mit weniger gelungener Arbeit einen stärkeren Anstoß. Die damit bewirkte größte Reibung des Vorkandes der örtlichen Vereinigungen wird wieder in den entgegenstehenden Orten den Gewerkschaften weiteren Zugang aus ihnen noch fernstehenden Arbeiterkreisen verschaffen. Die Aufgaben, die durch die Schaffung des Betriebsratsgesetzes zu lösen sind, bedürfen an sich schon eine bestmögliche Organisation der Ortsvereine. Für das nächste Jahr stehen auch, nach recht langer Zeit, die Wahlen der Vertreter zu den ständigen Ausschüssen der Arbeitervereine bevor. Es gilt zu diesen Wahlen die Vorbereitungen zu treffen. Bei der reichlichen Fülle neuer Aufgaben, die an die Gewerkschaften herangetragen sind, dürfen die alten nicht unberücksichtigt bleiben, wenn ihnen auch, bei dem großen Ausmaß der durch die Revolution erfolgten Umformung des öffentlichen Lebens, nicht mehr die Bedeutung zukommen mag, die sie früher im Tageskampf der Arbeiterschaft besaßen.

Aus der Tiefe steigen die Vertreter der Menschheit; und wie die Quellen aus der Tiefe kommen, das Land fruchtbar zu machen, so wird der Acker der Menschheit ewig aus der Tiefe erfrischt.
Wilhelm Raabe.

Aus Politik und Volkswirtschaft

Genossenschaftliches.

Wahrlich praktischer Sozialismus! Nur durch starke Genossenschaftlichkeit können wir aus dem Elend, als Grundlage tätiger, und Verbrauchergewinnlichen dienen, die durch ihre Organisation Energiegewinnung und Warenverteilung regeln, unter Aufsicht aller verteilenden Ausschüsse. Das ist eine unerlässliche Voraussetzung der Volkswirtschaft des Sozialismus. Sozialismus im wahren Sinne des Wortes kann keine Konterpart, welcher Art sie auch sei, dem Volk auf dem Präsentierteller bringen, er muß erzwungen werden, und das heißt weiter nichts als selberichtiges Handeln. Viele haben sich berufen, aber nur wenige sind anwesend, dem Sozialismus in des Wortes schönster Bedeutung zum Siege zu verhelfen. Andere begreifen sich damit, hin und wieder einen sozialistischen Zettel abzuzipfen und werden dann auf die gerateweiser Tauben. Wenn die nützlich nicht kommen, dann sind sie verstimmt. Wie wollen auf die reichen Erträge der deutschen Konsumgenossenschaften und ihrer Genossen innerhalb der letzten 25 Jahre hinaus. Nicht mit großen Kapitalien haben die Arbeiter ihr ideales Werk begonnen, nein, sie haben lediglich ihre Waren, in der Hauptstadt zunächst nur Lebensmittel, gemeinsam durch ihren gemeinsamen Einsatz. Der Gewinn floss nicht mehr in die Taschen von zahllosen Kleinrentnern oder in die Hände von großkapitalistisch betriebenen Handelsgesellschaften, sondern verblieb den organisierten Konsumern, die am Schluß des Geschäftsjahres einen Teil der Ertragsüberschüsse zur Aufschüttung von Aktien, Wertpapieren usw. Der andere Teil wurde benutzt zur Stärkung der Reihen der gewerkschaftlichen Genossenschaft der Vereine, die am Anfang fast alle ganz primitiv aufgebaut waren. Heute, nach verhältnismäßig kurzer Zeit, haben wir in fast allen mittleren und großen Städten Deutschlands nicht nur die gewerkschaftlichen Konsumvereine mit zahlreichen Warenverteilungsstellen. Diese haben bereits große, in hundertjähriger Tätigkeit weit eingespartene Gelder, einige auch schon Neubauten. Durch Zusammenfluß dieser Konsumvereine in Zentralgenossenschaften, im Zentrum der deutschen Konsumvereine und in der Gewerkschaften Genossenschaft deutscher Konsumvereine in d. D. war es ferner möglich, auf das modernste eingerichtete Zentralen zu schaffen. So können an der großen Zahl dieser, die von Sozialismus kündigen, nur es nur eine verhältnismäßig kleine Zahl, die die verarbeitenden Konsumvereine und Konsumvereine, die alle in der jüngsten Vergangenheit, die bisher nur in der Theorie Sozialismus betreiben, aus etwas mehr Praxis geübt, zu werden nicht nur die Mittel, sondern viele Milliarden durch die Organisation der Zentralvereine umgelenkt werden. Die wäre ein großer und revolutionärer Schritt hätte nicht die Kapitalisten einsehen, sondern, ferner, Konsumvereine in gewerkschaftlichen Verbänden zu bilden. Lassen diese wiederum zur Einwirkung neuer Zentralvereine und zur Aufnahme neuer Zentralvereine zu den Zentralvereinen weiterem Aufbau und Anschließung in ihren eigenen Betrieben dienen können. Konterpart wäre ferner durch diesen unübersehbaren wirtschaftlichen Kampf, der gewissermaßen zum Sozialismus führt.

Konsumgenossenschaftliche Konzentration. Vor einiger Zeit sind die Konsumvereine des Allgemeinen Verbandes in der Arbeit zum Zentralverband deutscher Konsumvereine übergegangen. Eine große Anzahl der in Betracht kommenden Vereine liegt in der Provinz Sachsen und den angrenzenden Staaten. Von den Vereinigungen mit dem Zentralverband war vorhanden, daß diese im Allgemeinen Verband einen besonderen Kern, über und über den Vereine als solcher besonderer Verband zum Zentralverband übertritten dürften. Das wäre jedoch kaum vorstellbar gewesen, da der Verbandbesitz sich mit dem des Verbandes nichtkonsumvereine Konsumvereine überdeckt. Es wäre also ein unproduktives Nebeneinanderarbeiten entstanden, das unnötige Kosten verursacht hätte. Die Erwägungen spielten eine ausschlaggebende Rolle auf dem 51. Vorstandstag des provinziellen Verbandes, der am 25. und 26. September in Goslar tagte und die endgültige Entscheidung über die Form des Beitritts zum Zentralverband deutscher Konsumvereine brachte. Mit erfreulicher Einstimmigkeit wurde der Austritt aus dem Deutschen Genossenschaftsverband und die Verbandszugehörigkeit zum Zentralverband deutscher Konsumvereine beschlossen. Dieser erhielt dadurch voranschreitend einen Zuwachs von 158 Genossenschaften.

Hätte man die ungeheuren Kriegsrüstungsbudgets der letzten Friedensjahre an friedliche Kultur zwecke verwendet, an Handel, Industrie, Kunst, Wissenschaft, Schiffahrt, Landwirtschaft usw., so würde sich das Antlitz der Erde verändert haben. Statt einander zu vernichten, würden die Menschen sich friedlich über die Erde ausbreiten. Statt die Barbarei in die Kultur einzuführen, würde die Kultur die Barbarei erlösen.
Bittor Hugo.

• Aus den Stadtparlamenten •

Vorh. v. Nach langem ergebn. Verhandlungen mit den badischen...
Die Erhöhung der Kinderzulage vorlieb. Gleichzeitig beantragte...
Nach längerer Unterbrechung der Sitzung erklärten schließlich die Kräftigen...

• Staatsarbeiter •

Das Reichsbeschäftigungsamt hat unterm 4. Oktober verfügt: Da...
die Erhaltung, nebst dem tariflich noch nicht geregelt ist, sind an die...
auf weiteres folgende Verhältnisse zu bringen.

Table with 5 columns: Kastennummer, Lohnklasse, 21. Lebensj., 22., 23., 24. Lebensj. ab. Rows include 1. Obergewerbeten and 2. Aushilfsarbeiter.

Table with 5 columns: Kastennummer, Lohnklasse, 21. Lebensj., 22., 23., 24. Lebensj. ab. Rows include 3. Wächter und 4. Wächterinnen.

Table with 5 columns: Kastennummer, Lohnklasse, 21. Lebensj., 22., 23., 24. Lebensj. ab. Rows include 5. Wächterinnen.

Table with 5 columns: Kastennummer, Lohnklasse, 21. Lebensj., 22., 23., 24. Lebensj. ab. Rows include 6. Wächterinnen.

An Kinderzulagen wird für jedes unterhaltspflichtige...
Das Erhaltungsgeld beträgt 14. Lebensjahr eine Zulage von 20 Pf...
Der Dienst in den Vägen ist so zu regeln, daß Arbeiter und...
Freitag, Am 23. September 1920 verhandelten wir mit den...

Freitag, Am 23. September 1920 verhandelten wir mit den...
Die Verwaltung der Reichs- und preussischen Staatsbehörden...
ab 1. Juni 1920 wie folgt festgesetzt: a) Männliche...

weibliche) von 14-15 Jahren 9,00 RM, von 15-16 Jahren 11,00...
b) Weibliche Arbeitskräfte: 1. Angelernte Arbeiterinnen...
3. Frauen (Menschenmädchen), die nur hausweise beschäftigt...

• Notizen für Gasarbeiter •

Falle a. z. Mit der Gaswerkdirection Gieschenstein wurde...
Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit darf 45 Stunden nicht...
Sollte höhere Lohnbedingungen bestehen, bleiben diese bestehen...
Mün. In der Versammlung der Arbeiter der Gasanstalt...

• Aus unserer Bewegung •

Berlin. In dem Tarifvertrage der Riefelfeldarbeiter...
Die Arbeitervereine der Reichs- und preussischen Staatsbehörden...
ab 1. Juni 1920 wie folgt festgesetzt: a) Männliche...

